



Der faire Salon

Die Wertegemeinschaft für das Friseurhandwerk



Christian Lindner MdB
Bundvorsitzender der FDP
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Offener Brief mit Bitte um Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Lindner

„Jeder zweite Arbeitslose könnte eine Stelle bekommen!“

Dieses, Ihnen in den Mund gelegte Zitat veranlasst mich, Sie um eine Stellungnahme zu bitten, über welche meine Berufskollegen und ich sehr dankbar wären.

Zu meiner Person: ich bin Unternehmer im Friseurhandwerk, 72 Jahre alt, Fachautor für diverse Fachmedien, Betreiber des Branchenportals Friseur – News.de, Gründer der Wertegemeinschaft im Friseurhandwerk „Der faire Salon“ und Pressesprecher der Düsseldorfer Friseurinnung.

In der Vergangenheit habe ich mehrfach Bundeskanzler Olaf Scholz, wie aber auch Arbeitsminister Hubertus Heil zu dem Thema „Arbeitslose im Friseurhandwerk“ kontaktiert. Eine Antwort ist bisher leider ausgeblieben.

Fakt ist: Fachkräftemangel ist in aller Munde, ganz besonders aber auch im Friseurhandwerk. Nicht wenige Betriebe müssen inzwischen schließen oder die Öffnungszeiten verkürzen, weil es nicht genügend Mitarbeiter gibt.

Konträr dazu sind allein in meiner Heimatstadt Düsseldorf 239 Berufskollegen/innen arbeitslos gemeldet, während so gut wie alle der über 600 Betriebe in dieser Stadt Mitarbeiter suchen.

Ende 2019 recherchierte ich dieses Thema mit Europas größten Fachmagazin „TOP HAIR INTERNATIONAL“. Was dabei herauskam war eine Summe von rund 10 Millionen Euro welche der Steuerzahler Monat für Monat in dieses Klientel aufwenden muss.

Von der Agentur für Arbeit bekomme ich, auf Nachfrage zum Sachstand meines Stellenangebots die Antwort, dass man zwar Arbeitslose kontaktieren, denen aber wenigstens einige Wochen Zeit zum

überlegen geben müsse und wenn diese sich anders entscheiden/dem Angebot nicht nachgehen, ist ohnehin nichts machbar! Alle Sanktionen bei Verweigerung einer Mitwirkungspflicht zur Aufnahme eines Arbeitsplatzes sind gestrichen.

Wir finden, trotz guter Bezahlung über Tarif und guten Arbeitsbedingungen keine Mitarbeiter. Hierzu gibt es eine einfache Erklärung:

70,79 % der umsatzsteuerpflichtigen Friseur Unternehmer kommen über einen Jahres Umsatz von 125.000 Euro nicht hinaus. Das bedeutet bei einem großzügig bemessen den Unternehmensgewinn von 25% verbleiben dem Unternehmer als monatliches Bruttoeinkommen 2.600 Euro. Nach Abzüge von Steuern und Sozialversicherungen bleiben in etwa 1.500 BIS 1.800 netto übrig.

Bei Arbeitslosen steht der Regelsatz von 450 € (demnächst 500 € beim Bürgergeld) in der Kritik. Hinzu kommt die übernommene Miete, die getrost mit 500 € ansetzen kann. Zusätzliche Leistungen wie GEZ Gebühren, Zahlungen für Anschaffungen und Aufwendungen lassen dieses Nettogehalt auf schätzungsweise 1.200 € anwachsen.

Allseits bekannt ist die Tatsache, das sich ein Großteil dieser Arbeitslosen mit Heimbehandlungen befasst.

Pro Tag zwei Behandlungen zum Tiefstpreis von je 30 Euro, erbringen bei 20 Arbeitstagen im Monat netto zusätzliche 1.200 €. Somit stehen einer solchen Person 2400 € Nettoeinkommen im Monat zur Verfügung, deutlich mehr wie bei einer Tätigkeit als Friseurunternehmer, mit deutlich höherem Arbeitseinsatz und unternehmerischen Risiko.

Dieses Verhalten führt zu einem immer weiteren ausbluten des Friseurhandwerks denn die, in Heimarbeit erbrachten Behandlungen, fehlen in den Salons. Den Inhabern wird es immer schwerer höhere Löhne (die wir für Image und Nachwuchsgewinnung brauchen) zu zahlen.

Durch die Schwarzarbeit fehlen auch Einnahmen bei der Umsatzsteuer!

Dafür werden Leistungsempfänger mit Geldern bedacht für welche die Allgemeinheit aufkommen muss und noch viel schlimmer, im Alter fällt dieser Personenkreis wiederum wegen Altersarmut der Solidargemeinschaft auf die Füße.

Es ist so: im Punkt Schwarzarbeit gibt es weder bei den Auftraggebern noch bei den Ausführenden ein Unrechtsbewusstsein. In Zeiten knapper Kassen ist Schwarzarbeit wohl das am stärksten wachsende Segment in unserem Handwerk.

Direkt danach kommen die Kleinstunternehmer, umsatzsteuerbefreit. Im Vergleich 2020/2021 sind rund 4.000 Betriebe aus der Steuerpflicht entflohen. Jeder 3. Friseursalon ist jetzt bundesweit von der Umsatzsteuer befreit.

Herr Lindner

während Ihre Koalitionspartner bemüht sind flächendeckend den sozialen Frieden im Land zu wahren, gibt es – so wie hier – Entscheidungen die absolut kontraproduktiv sind und – so wie hier – für einzelne Gewerke den Todesstoß bedeuten.

Die FDP und Sie Herr Lindner betonen immer wieder, das Sie sich für den Mittelstand und kleine Betriebe einsetzen zu wollen.

- Darum frage ich Sie: wie können oder wollen Sie dieses Dilemma beenden?
- Auch wenn es nicht Ihr Ressort ist, wie wollen Sie Schwarzarbeit und Steuerflucht bekämpfen?
- Warum werden Sanktionen aufgehoben, wenn die Mitwirkungspflicht zu einer Arbeitsaufnahme von Arbeitslosen nicht erfüllt wird?

- Welchen Sinn haben überhaupt noch Arbeitsagenturen, wenn Arbeitslose überhaupt nicht gewillt sind eine Tätigkeit nachzukommen?

Letztlich stelle ich aber auch die Frage zum Sinn der Kleinstunternehmensregelung.

Jeder Dritte Friseursalon in Deutschland ist inzwischen steuerbefreit, weil der Umsatz unter 20.000 €/Jahr liegt. Diese Vergünstigung wird zu Gunsten des Preises an die Verbraucher weitergegeben und erzeugt damit einen klaren Wettbewerbsnachteil für alle steuerzahlenden Betriebe.

Verbraucher entscheiden sich bei ähnlichen Leistungen nun mal auch zu Gunsten des Preises. Hier ist ein Geschehen eingetreten, welches eine marktgerechte Entwicklung der Preise unmöglich macht. Mir ist bewusst, dass es sich hier um EU-Recht handelt und die EU diese Umsatzschwelle von 20.000 €uro weitaus höher angesetzt haben möchte. Trotzdem:

- Welche Lösungen bieten sich aus Sicht des deutschen Finanzministeriums?
Dr. W. Schäuble gab seinerzeit zu verstehen, dass eine Prüfung dieser Kleinstunternehmen wirtschaftlich nicht sinnvoll sei. Die Prüfer sind im Verhältnis zu dem, was hier einzufordern ist, schlichtweg zu teuer. Teilen Sie diese Meinung?

Entgegen der Meinung von Robert Habeck fürchten sich viele Friseurunternehmer derzeit vor einer wirklichen Insolvenzwellen. Viele Betriebe warten noch auf Auszahlungen der Coronahilfen, haben keine Rücklagen, dafür aber enorm steigende Kosten.

- Was sagen Sie diesen Menschen, wie können Sie ein Massensterben der Betriebe vermeiden?

Mit besten Grüßen und Bitte um eine Stellungnahme

Rene Krombholz